

Herrn Präses Eduard Dubbers-Albrecht
Herrn Marco Bremermann

Per E-Mail

Präsidenten
info@akhb.de, info@ikhb.de
Bremen, den 22.12.2022

Offener Brief:

Bremer Standard – Berichterstattung im Weser-Kurier vom 21.12.2022

Sehr geehrter Herr Dubbers-Albrecht, sehr geehrter Herr Bremermann,

am gestrigen Tag erschien im Weser-Kurier ein Interview mit Ihnen unter der Überschrift „Die Latte ist entschieden zu hoch“. Das Interview bezog sich auf den kürzlich vom Bremer Senat verabschiedeten „Bremer Standard“. Einige der von Ihnen getroffenen Aussagen bedürfen aus unserer Sicht einer anderen Einordnung als von Ihnen getroffen, andere halten wir für falsch. Einige Aussagen sind zudem geeignet, den Berufsständen der Architekt:innen und Ingenieur:innen Schaden zuzufügen.

Einigkeit besteht in der Annahme, dass das Bauen als gesamte Wertschöpfungskette einen erheblichen Beitrag zu Ressourcenverbrauch, Abfallaufkommen und Energieverbrauch auf unserem Planeten beiträgt. Die wissenschaftlich gefestigte Erkenntnis, dass wir derzeit global gesehen „über unseren Verhältnissen leben“ bedeutet für uns als Planerschaft unter anderem, über den Umgang mit dem Gebäudebestand nachzudenken (auch hier besteht offenbar Konsens), Materialien nachhaltig einzusetzen, sich auf neue Energieerzeugungstechnologien einzulassen und sparsam mit der Ressource Boden umzugehen.

Neben dem bisher gegebenen Fokus auf den Primärenergieverbrauch wird zunehmend auch die für die Nachhaltigkeit wesentlichere „Lebenszyklusbetrachtung“ von Bauwerken und städtebaulichen Entwicklungen wichtiger. Der Einbezug der über die gesamte Lebenszeit verursachten Umweltfolgen erweitert die Debatte, die von Gesetzgebern in Brüssel, Berlin und Bremen längst geführt wird.

Planende, Ausführende und Bauherren sind gleichermaßen aufgefordert, sich den Herausforderungen zu stellen. Etwas als richtig und wichtig anzuerkennen, sich selber aber als irrelevant und überfordert zu erklären, ist genau die Haltung, durch die wir als Bauwirtschaft maßgeblicher Teil des Problems sind.

Mit unserem Positionspapier [Die Bauwende muss jetzt starten!](#) vom August dieses Jahres haben wir auf Landesebene deutlich gemacht, dass zumindest wir Planenden ein Teil der Lösung sein wollen – und nicht des Problems.

Uns hier als Architektenkammer Bremen und Ingenieurkammer Bremen ausschließlich wirtschaftliche Interessen zu unterstellen, ist eine üble Nachrede und gezielte Verleumdung unserer Berufsstände, die wir entschieden zurückweisen.

Es ist die klimapolitische Notwendigkeit, die genannten Themen jetzt anzugehen. Der Bremer Standard wird daher von uns im Grundsatz begrüßt. Wenn wir also wollen, dass die Gebäude und Quartiere, die in fünf Jahren gebaut werden, klimafreundlicher sind, so ist es notwendig, heute die dafür nötigen Bedingungen abzustimmen.

In seiner Struktur ist der Bremer Standard eine Verpflichtung der Verwaltung, bei bestimmten Neubauvorhaben in verschiedenen Verbindlichkeitsstufen mit den Vorhabenträgern eine Strategie zum klimaschonenden Bauen zu vereinbaren. Die vorgesehenen Instrumente sollten dabei einzelfallbezogen und passend zum Projekt angewendet werden. Dass hierbei das Abwägen und nicht das absolute Einfordern gängige Praxis der Behörde wird, ist eine wesentliche Forderung, die wir in der Abstimmung des Bremer Standards gegenüber SKUMS benannt haben.

Der Bremer Standard ist per Senatsbeschluss bindend für die Verwaltung, und es gilt, den Fokus auf das „Wie“ zu lenken. Es gilt die Komplexität der Aufgabe anzuerkennen und die im Sinne der Nachhaltigkeit (und da steht Ökonomie gleichwertig neben Ökologie und Sozialem) jeweils beste Lösung zu finden. Das wird am besten funktionieren, wenn im Rahmen der Abwägung ein sinnvoller Maßnahmenkatalog abgestimmt wird.

Ihre Aussage zu Kostensteigerungen von pauschal 25 bis 30% halten wir für falsch, zumindest ist sie nicht nachzuvollziehen und auch kein sachdienlicher Beitrag. Wie sie selbst sagen, waren einige (nach unserer Kenntnis sogar fast alle) Instrumente des Bremer Standards bereits in der Vergangenheit gegeben. Die redaktionelle Bündelung bereits gegebener Anforderungen im Bremer Standard führt nicht zu Kostensteigerungen und schon gar nicht in der genannten Höhe.

Es bleibt abzuwarten, welche Förderprogramme für den Neubau im Frühjahr vom Bundesbauministerium aufgelegt werden und ob die Landesebene ggfs. weitere Unterstützung leisten sollte.

Klimaschutz gibt es nicht kostenlos. Aber die aktuellen Energiepreise zeigen: Es kann sich mittelfristig rechnen, in ein klimafreundlich konzipiertes Gebäude zu investieren, wenn dadurch die laufenden Betriebskosten sinken. Gerade jetzt öffnet sich ein neuer Markt, den es durch die Vorhabenträger zu bedienen gilt.

Ebenso wie Sie sehen wir den öffentlichen Bauherrn in der Vorbildrolle. Die Beschlüsse zum Bericht der Enquetekommission der Bürgerschaft weisen in diese Richtung, und die Politik wird sich daran messen lassen müssen. Mit dem Finger auf andere zu zeigen ist kein Grund dafür, nicht auch vor der eigenen Haustür zu kehren.

Eine abschließende Anmerkung: Es gibt Planungsbüros (unter anderem die der Unterzeichnenden), die auch Mitglied der Handelskammer Bremen sind und somit auch von der Handelskammer Bremen vertreten werden möchten. Auch vor diesem Hintergrund hätten wir uns einen sachlichen Austausch der Argumente vor einem solchen Interview gewünscht, für den wir selbstverständlich gerne jederzeit zur Verfügung stehen.

Mit freundlichen Grüßen und den besten Wünschen für eine besinnliche Weihnacht

Oliver Platz
Architekt

Präsident der Architektenkammer der
Freien Hansestadt Bremen

Torsten Sasse
Beratender Ingenieur

Präsident der Ingenieurkammer der
Freien Hansestadt Bremen